

Der Kongress ihrer Posten entzogen, verleumdet und ausgeschlossen sind."

Man habe, fügt Troski fort, behauptet, man werde durch diese Operation Einheitlichkeit erzielen. Ledermann aber wisse, daß die Partei mehr zerflüsst sei, als sie zuvor. Es sei jedoch noch nicht zu spät den Kurs zu ändern, und dazu diene die Opposition sich an. Der Oktoberrevolution und der internationalen Lenin-Partei bleibe sie treu bis ans Ende, in den Gefängnissen Stalins, in der Verbüßung und in der Verbannung".

## Reich und Luftschiffbau

SPD. Stuttgart, 11. April. (Sig. Drabth.)

Der Führer des "Groß-Zeppelin". Dr. Edener, führt am Donnerstag in Stuttgart vor der Presse aus, daß die weitere Fortführung des gesamten Werks der Luftschiffbaugesellschaft Friedrichshafen in Frage gestellt würde, wenn durch die Streitungen im Reichshaushalt auch der Beitrag des Reichs zum Bau der geplanten Doppelhalle in Höhe von 4 Millionen Mark in Notfall kommen würde. Das ist bisher zwar formell noch nicht beschlossen. Man hat vielmehr eine Streichung von 20 Millionen Mark aus dem Gesamtetat für das Flugzeughafen beschlossen und ist deswegen davon ausgegangen, daß dieser Beitrag in einzelnen Abständen auf die verschiedenen Positionen des Staats verteilt werden soll. Aber nach der Ansicht Dr. Enders wäre auch nur der geringste Anteil gerade an diesen 4 Millionen Mark völlig untragbar, da der Gesellschaft eigene Mittel zum Bau der Zeppelinhalle nicht zur Verfügung stehen; soweit sie eigene Mittel habe, würden sie für den Bau des neuen Schiffes benötigt, dessen erwartete Dimensionen die Erhöhung der Fahrtgeschwindigkeit um 20 Kilometer pro Stunde ermöglichen sollen.

Dazu ist zu sagen, daß der Luftschiffbau bisher vom Reich im Vergleich zum Flugzeugbau sehr vernachlässigt behandelt worden ist, obwohl der Luftschiffbau unter den Reaktionären des Reichsvertrags und des Vordertors Ultimatum ganz besonders stark gelitten hat. Bisher hat das Reich ihm einen eisernen Baugrund von 1.1 Millionen Mark gewährt, sodann noch 400.000 R. Bobelkubenschen, die aber zum großen Teil durch bestimme, von der Gesellschaft gemachte Auslagen aufgezehrt wurden. Der Bau einer Halle, in der das neue Luftschiff nicht nur fertiggestellt, sondern auch, unbedingt jeder Witterung, herausgeführt werden kann, ist geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Es ist ferne zu verläßlich, daß in England und in Amerika eine Konkurrenz für den deutschen Luftschiffbau heraufzieht. Es wäre schon deshalb zu hoffen, wenn sich die maßgebenden Parteien des Reichstags darüber einverstanden könnten, daß von den unvermeidlichen Streitungen im Haushaltspolitik die für die Luftschiffbaugesellschaft Zeppelin vorgesehenen 4 Millionen Mark nicht berührt werden.

## Regierungsnöte in Mecklenburg

KPD., Demokraten und Deutschnationale — Arm in Arm

8. Neustrelitz, 11. April. (Sig. Drabth.) Die in Mecklenburg-Strelitz zur Bildung der Großen Koalition geführten Verhandlungen sind im letzten Augenblick an personellen Gegensägen gescheitert. Die Folge war, daß am Donnerstag von den bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Kommunisten der Staatshaushaltspolitik für das Jahr 1929 abgelehnt wurde. Der sozialdemokratische Staatsminister Dr. v. Reibniz erklärte daraufhin seinen Rücktritt. Er durfte auch als Geschäftsminister nicht mehr im Amt bleiben, da von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingereicht wurde:

"Der Staatsminister Dr. v. Reibniz wird von der Weiterführung der Geschäfte entbunden."

In der Begründung dieses Antrags wird unter anderem ausgeführt, daß für die Ablehnung des Staatshaushaltspolitik lediglich die Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft (Demokraten und Deutschnationale) verantwortlich ist, die in ihrer Fraktion die verlorenen Angelegenheiten für die Bildung der Großen Koalition bisher nicht zu lösen vermochte. Die Sozialdemokratie sei bei den in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen aus staatspolitischen Gründen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Sie glaubt deshalb nunmehr für die Konsequenzen, die sich aus der Ablehnung des Haushalts für das Jahr ergeben, die Verantwortung ablehnen zu müssen und stellt ihren Antrag auf Entbindung des Staatsministers v. Reibniz vom Amt, um der Deutschnationalen-Demokratischen-Kommunistischen Opposition den Weg zur Niederholzung der Verantwortung freizumachen.

## Gememörder Fahrbusch

Hamburg, 11. April. Der wegen mehrfachen Mordes beschuldigte ehemalige Feldwebel Fahrbusch, der aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewiesen war, ist beim Verlassen des Schiffes auf deutschem Boden verhaftet worden. Er wird nach Berlin übergeführt werden.

Fahrbusch war das Haupt des Zios: Fahrbusch, Klapproth, Büsing. Der abenteuernde Bursche trat in die Schwarze Reichswehr ein. Im Dienste jener illegalen Organisation lernte er auch seine gleichgesinnten Kameraden Klapproth und Büsing kennen, mit denen zusammen er bald zu den Gefürchteten seiner Formation gehörte. War doch allmächtig bekannt geworden, daß die drei Männer vor nichts zurückgeschreckt und sich vor allem des besonderen Vertrauens ihres Vorgesetzten, des Oberleutnants Schulte, erfreuten. Fahrbusch wird beschuldigt, mehrere der schrecklichen Gememorde begangen zu haben und um eine Reihe anderer ähnlicher Taten zumindest zu wissen. Vor allem werden ihm zwölf Fälle zur Last gelegt. Einmal handelt es sich dabei um den Fall des Angehörigen der "Schwarzen Reichswehr", Willms, der von Fahrbusch erschossen und dann in die Elbe geworfen wurde. Dann wurde der Soldat Bräuer bei Küstrin in den Wald gelockt, von Fahrbusch mit einem Hammer von hinten erschlagen und verscharrt. Mit Büsing flüchtete er nach Amerika, während Klapproth an der holländischen Grenze gefasst wurde. Auf der Reise soll Fahrbusch den Büsing ermordet und ins Meer geworfen haben. In Amerika führte Fahrbusch Dicke läufe aus, wurde bestraft und dabei identifiziert. Jetzt ist der Deutschnationale Held endlich ausgeliefert worden. Nun wird in das Dunkel mancher Gememorde noch Licht kommen. Ob der Gememörder die gebührende Beurteilung treffen wird, muss man erst abwarten.

## Lenins Testament.

Trotski will vom Erbgang seiner Schriften das in Russland streng verbotene politische Dokument Lenins drucken und verbreiten lassen.



**Die Sowjetpriester: Wir hüten seinen Leib, verschone uns mit seinem Geist.**

## Die blutigen Verluste der Rebellen

SPD. Mexiko-Stadt, 12. April. (Sig. Funksprach.) Aus einer Proklamation des kommandierenden Generals der Bundesstreitkräfte im Norden des Landes wird ersichtlich, daß die Rebellen im Verlauf der Kämpfe bei Jimenez 1136 Tote und 2058 Gefangene verloren haben. In der Proklamation wird der Zivilbevölkerung jede Sicherung ihres Eigentums und ihres Lebens verboten, und es wird betont, daß bislang von den Truppen der Regierung im Norden kein einziger Rebell erschossen worden ist. Auch die Zugangs der Regierung würden, entgegen den weitverbreiteten Verdächtungen der aufständischen Truppen, nur die Blaue mit Bomben bewerfen, an denen einwandfrei Rebellen festgestellt worden sind.

## Chiangkaisches Scheintrütteln

Beling, 11. April. Marshall Chiangkaische hat ein neues Telegramm an die Nanjingregierung gesandt, in dem er sein Rücktrittsgesuch begründet. Er erklärt darin, daß er in letzter Zeit von den Ergebnissen der Tagung der Kuomintangspartei enttäuscht worden sei und meint, daß er nicht an der Spitze der Regierung bleiben könne, weil die Vollmachten, die ihm die Regierung gegeben habe, nicht zur Stabilisierung der nationalen Bewegung in China ausreichen. Er verlangt für sein weiteres Verbleben die völlige Entzweiung aller chinesischen Truppen außer denen der Nanjingregierung, die Einführung eines militärischen Direktkommunismus, dessen Vorstand er übernommen und das aus drei Personen zu bestehen habe, ferner

die gerichtliche Bestrafung aller chinesischen Generale, die sich der Zentralgewalt nicht fügen.

Der Vorsitzende der Nanjingregierung, Ministerpräsident Tang, teilte Chiangkaische mit, daß sein Rücktrittsgesuch nicht ohne weiteres genehmigt werden könne, da eine Veränderung in der Führung der Nanjingarmee die Lage der Nanjingregierung verschärfen könnte.

Ähnlich Chiangkaisches den Vorwurf des Generals Tang, er wolle als einziger Diktator Chinas werden, zurückweisen, schien sein Handeln diesen Vorwurf zu bestätigen.

## Zwecklose Zumulde

D. Berlin, 12. April. (Sig. Funksprach.) Als die Sozialisten am Donnerstag einen trotz dem Verbot unternommenen Demonstrationstag der Kommunistischen Partei auszuhören beabsichtigten, rissen die Demonstranten einen Polizeibeamten von einem Polizeiauto herunter und mißhandelten ihn schwer. Zwei andere Beamte wurden durch Schläge mit Schlagringen verletzt. Die Polizei mußte schließlich von ihrem Kommissar Gebrauch machen. Neun Demonstranten wurden verhaftet. Die Schwerverletzten mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die nationalistischen Kriegsberater. In Kachen wurde eine Versammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, in der Helmuth von Gerlach, Berlin, sprach, von Nationalsozialisten gestört. Erst als die Polizei eingriff, konnte die Versammlung wiederhergestellt werden.

## Acht bis zwölf Milliarden für Wiederaufbau?

P. Paris, 11. April. (Sig. Drabth.)

Die Delegierten der Gläubigerländer, die sich auch am Donnerstag ausschließlich mit der Höhe der von Deutschland zufordernden Gesamtsumme beschäftigen, sollen sich nach der Meldung eines heutigen Abendblattes bereits verständigt haben. Diese Meldung ist etwas verfrüht. Tatsächlich ist man aber dem Ziel wesentlich näher gekommen. Besonders die Engländer und die Belgier haben sich zu erheblichen Abstrichen bereit gefunden; ihr Beispiel soll auf die Franzosen und die Italiener nicht ohne Wirkung geblieben sein.

Wie wir erfahren, sollen die Engländer auf ihre Nachforderungen bezüglich der vollen Deckung der früher an Amerika geleisteten Zahlungen verzichtet haben. Belgien habe feineres einen Anspruch auf Entschädigung für die Ausgabe deutscher Banknoten während der Besatzung fallenlassen. Diese Nachrichten sind jedoch vorerst noch mit Vorsicht aufzunehmen. Im ganzen, so heißt es, hätten die Alliierten ihre früheren Wiedergutmachungsforderungen von 20 Milliarden auf 8 Milliarden herabgesetzt.

Dies entspricht einer Nahreszahlung von 450 Millionen Mark an eigentlicher Entschädigung. Rechnet man die inneralliierten Schulden hinzu, so ergibt sich eine Zahl von 30 Milliarden, die mit etwa 1,5 Milliarden Mark beginnen, nach etwa zehn bis fünfzehn Jahren auf 2,1 Milliarden Mark steigen und von 22. Jahre an wieder auf 1,5 Milliarden Mark sinken würde. Es versteht sich, daß die so erzielte vereinigte Schadforderung der Alliierten, die der deutschen Delegation wahrscheinlich schon am Freitag mitgeteilt wurde, keineswegs ein Ultimatum darstellt. Die Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldnern würden vollständig frei erfolgen. Sie dürften wahrscheinlich in der nächsten Woche beginnen, so daß dann die letzte entscheidende Phase der Konferenz eintreten würde.

## Die allerneuesten Zahlen

P. Paris, 12. April. (Sig. Funksprach.) Nachdem die alliierten Sachverständigen sich am Donnerstag prinzipiell über ihre Mindestforderungen für die Reparationen abgestimmt hatten, die Schulden an Amerika gegen einigten haben, werden sie heute noch eine Sitzung abhalten, um ihre gemeinsame Lastik gegenüber der deutschen Delegation an festzulegen. Nach der Darstellung des Weltkonsortiums sind die Gesamtfordernisse der Alliierten für den Wiederaufbau (also ohne Kriegsschulden) um durchschnittlich 25 Prozent, von 19 Milliarden Mark auf 12 bis 13 Milliarden Mark herabgedrückt worden.

Die von Owen Young vorge schriebene Komiteesumfrage von 8 Milliarden Mark ist demnach noch lange nicht erreicht. Die französische Presse er schöpft sich natürlich in Versicherungen, daß die neue Gesamtzahlung wirklich die Abnahmen am Angestammten, „das legitime Werk“, darstelle. Das kann ja, daß nicht dann geköpft werde, die neuen

Forderungen der deutschen Delegation in Form eines Diktats oder eines Ultimatums zu überreichen.

Eine Ausnahme in der französischen Einheitsfront macht allein der Matin, der mit aufsässiger Offenheit betont, man dürfe nicht erwarten, daß Reichsbauminister Dr. Schacht zu der neuen Gesamtzahlung ohne weiteres Ja und Amen sagen werde. Man werde schon weitere Abgeständnisse machen müssen, und wenn Owen Young jetzt schon der Rechnung der Alliierten zugestimmt habe, so sei dies nur in der Annahme geschehen, daß sie eine Verhandlungsgrundlage abgeben könnte.

## Deutscher Vorstoß für Abrüstung

T. Genf, 11. April. (Sig. Drabth.)

Den Vorsitzenden der Vorbereitenden Abstimmungskommission ist von dem deutschen Kommissionsmitglied Grafen Bernstorff zur bevorstehenden Tagung eine schriftliche Stellungnahme unter dem Titel "Bemerkungen zur 6. Tagung des Vorbereitungsausschusses" übermittelt worden. Der Inhalt dieser Bemerkung wird nach ihrer Zustellung an die Mitglieder der Abrüstungskommission veröffentlicht werden.

Es sei in diesem Zusammenhang darauf erinnert, daß Bernstorff in der letzten Völkerbundtagung zur Stimmenthaltung Deutschlands gegenüber der Entscheidung zur Abrüstungsfrage erklärte, Deutschland werde weiter loyal und positiv an den Arbeiten der Kommission teilnehmen, und ferner darauf hinwies, daß die Kommission angesichts der Feindseligkeiten der Verhandlungen der Flottenräte nun selbst eine Formel für eine Herauslösung der Flottenräte suchen müsse. Er hat außerdem betont,

dass Deutschland nach wie vor auf der baldigen Einberufung einer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes bestehe.

## Frankreich bremst schon wieder

P. Paris, 12. April. (Sig. Funksprach.) Der französische Außenminister Briand hatte am Donnerstag eine Unterredung mit dem holländischen Gesandten in Paris, Laoudon, dem Vorsitzenden der Abrüstungskommission des Völkerbundes. Die Unterredung drehte sich um die am 15. April in Genf beginnende neue Sitzung der Abrüstungskommission. Briand wird dazu nicht selbst nach Genf reisen, auch wird der bisherige Abrüstungskonsulent, der bei der Bildung des neuen Kabinetts Poème, seine Mission eingestellt haben, nicht erneut. Die französische Delegation steht nur untergeordnete Verbindlichkeiten vor. Wie der Exzellenz berichtet, steht man in französischen Regierungskreisen der neuen Abrüstungslage sehr zweifelnd gegenüber. Ihre Erfolgswahrschau seien dadurch beeinträchtigt, daß noch keine Einigung zwischen England und Amerika über die Flottenabrechnung erzielt sei und daß außerdem die englische Delegation wegen der allzu nahestehenden Gewaltabschüsse zu sehr behindert sei.

Um "Gründe" ist man nie verlegen, wenn man selbst nicht zu wissen weiß. Frankreich ist nach hierin ein Beispiel, das nicht darum gekämpft werden, die neuen